

Chiapas: Krieg gegen die Zivilbevölkerung und Abbruch der Verhandlungen

(Radio FSK, Mexiko News 31.7.96, Hamburg, gh/ZAPAPRES)

Nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen droht eine militärische Aktion gegen die Stellungen der zapatistischen Führung.

Anfang März haben bewaffnete Angriffe von offiziellen Sicherheitskräften und staatsparteinahen Terrorkommandos auf oppositionelle Bauern und Indígenas erheblich zugenommen. Gleichzeitig wird die militärische Umzingelung der zapatistischen Aufständischen vorangetrieben.

In verschiedenen Regionen wurden besetzte Landstücke und Rathäuser geräumt; in eine Protestkundgebung wurde aus Hubschraubern heraus scharf geschossen. Es gab mehrere Tote, Verletzte und Festgenommene, die gefoltert wurden.

Ein Beispiel ist die Verhaftung von zwei Jesuiten und zwei Indígena-Führern am 9. März in Palenque, gegen die Organisationen im ganzen Land einschließlich der mexikanischen Bischofskonferenz protestiert haben. Den Verhafteten wird vorgeworfen, sich der Polizei mit Waffengewalt widersetzt zu haben. Bei den Jesuiten handelt es sich um offiziell anerkannte Berater der EZLN. Sie wurden inzwischen dank der massiven Proteste auf freien Fuß gesetzt. Die Verteidigung hat Klage wegen "Fabrikation von Delikten, falscher Anklagen, Beweisfälschung und Mißhandlung der Festgenommenen" eingereicht.

Am 12. März nahm die zapatistische Kommandantin Ramona auf dem Gelände der Nationaluniversität in Mexiko-Stadt an einer Veranstaltung von etwa 10.000 StudentInnen teil. Die neuerliche Eskalation der Gewalt in Chiapas wurde darin aufs schärfste zurückgewiesen.

Die Regierung versucht die aufständischen Zapatistas zu provozieren, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es keine Verhandlungslösung geben wird. Die parlamentarische Verhandlungskommission hat erklärt, in dem Streit zwischen der Regierung und der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung über eine neue Indígena-Gesetzgebung nicht weiter aktiv zu sein.

Die EZLN sieht dies als vollkommene Unterwerfung der Parlamentes unter die Exekutive. Eine erneute Verhandlung über das bereits vor einem Jahr unterzeichnete Abkommen von San Andrés über indianische Rechte und Kultur nach zu verhandeln wird zu Recht abgelehnt. Da vom Parlament keine Autonomie-Gesetzgebung zu erwarten ist, haben indianische Organisationen mit der Bildung unabhängiger Landkreise begonnen.

Die Revolutionäre Volksarmee, die zweite Guerillagruppe in Mexiko, hat die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen angekündigt, falls sich die Regierung entschließen sollte, den Konflikt in Chiapas militärisch zu lösen und gegen die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) vorzugehen.